

Zwischen Arbeit, Integration und Bleibeperspektiven

Gastbeitrag von Integrationsministerin
Aminata Touré

Warum wir ein anderes Aufenthaltsrecht brauchen und was Schleswig-Holstein dafür tut

„Liebe Frau Touré, meine Nachbarin lebt seit vielen Jahren in Deutschland. Sie engagiert sich im Sportverein und hat einen Job. Jetzt soll sie abgeschoben werden. Was können wir tun, damit sie hierbleibt?“

„Frau Touré, ich habe hier einen ganz tollen Mitarbeiter. Er hat schnell Deutsch gelernt und ist fachlich versiert, doch seine Duldung ist abgelaufen. Tun Sie etwas, damit er bleiben kann. Ich brauche gute Leute für mein Unternehmen.“

„Frau Ministerin, wir möchten einen jungen geflüchteten Menschen in unserer Pflegeeinrichtung ausbilden. Wir haben alles vorbereitet, doch nun soll er nach Griechenland ausreisen. Die Pflege leidet enorm unter dem Fachkräftemangel. Warum sollen ausgerechnet die Menschen gehen, die wir hier so dringend brauchen?“

Nachrichten dieser Art erreichen mich beinahe täglich – per Post, über soziale Medien, als Petition oder in persönlichen Gesprächen. Und viel zu oft muss ich antworten, dass ich das Anliegen zwar sehr gut verstehe und mir ebenfalls eine

andere Lösung wünsche, die geltende Rechtslage dies aber nicht zulässt.

Das aktuelle Aufenthaltsrecht passt nicht zur Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland. Und es passt ebenso wenig zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität, in der wir uns angesichts des demografischen Wandels und des massiven Fachkräftemangels befinden.

In Deutschland leben rund 190.000 Menschen mit einer Duldung – also Menschen ohne echtes Aufenthaltsrecht, bei denen es aber dennoch Gründe gibt, warum sie derzeit nicht ausreisen können. Nur etwa 2.900 von ihnen verfügen über eine Ausbildungsduldung und rund 1.300 über eine Beschäftigungsduldung. Das sind gerade einmal 2,3 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich: Die bestehenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz werden kaum genutzt. Stattdessen leben zehntausende Menschen in permanenter Unsicherheit und dürfen häufig nicht arbeiten, obwohl sie es wollen und obwohl sie gebraucht werden.

Genau hier brauchen wir Veränderung: Wir brauchen ein Aufenthaltsrecht, das sich stärker an der Lebensrealität der Menschen orientiert. Eines, das Integration fördert statt sie auszubremsen.

Deshalb haben wir als schleswig-holsteinische Landesregierung eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die ein verbessertes Bleiberecht für Menschen in Ausbildung und Arbeit in Deutschland fordert. Geduldete, die seit mindestens drei Jahren in Deutschland leben und seit einem Jahr einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, sollen eine Perspektive erhalten. Ähnliche Vorhaben hat sich der Bund selbst im Koalitionsvertrag vorgenommen, doch bislang ist wenig passiert. Im Gegen-

Spanien zeigt: Migrationspolitik geht auch anders.

Ob im Bundestag, in den großen Medien, oder in Talkshows: Migration, das wird dort als eine Bedrohung und Last gesehen, die eingeschränkt werden müsse. Abschottung, Repressionen und Abschiebungen erscheinen trotz der vielen Menschenrechtsverletzungen, die mit ihnen einhergehen, in dieser Debatte geradezu absurd alternativlos.

Nun zeigt die spanische Regierung um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez, dass es in der Tat Alternativen zum menschenverachtenden Last-Narrativ gibt. Mit einem royalen Dekret hat sie am 27.01.2026 einen „Prozess der außerordentlichen Regulierung ausländischer Personen“ veranlasst. Heißt: Zwischen April und Juni diesen Jahres erhalten 500.000 Menschen, die nach Spanien migriert sind und aktuell keinen gesicherten Status in Spanien haben, Aufenthaltsrecht und eine Arbeiterlaubnis. Ein wichtiges Signal für Menschlichkeit mit darüber hinaus wirtschaftlichem Weitblick.

Der ausführliche Bericht von Timo Krügener zur Legalisierungskampagne in Spanien steht beim Reversed Magazin: <https://reversed-magazine.com/spanien-zeigt-migrationspolitik-geht-auch-menschlich-migration-reversedmagazine/>

teil: Der Fokus der Bundesregierung liegt derzeit vor allem auf Abschiebung und Abschreckung.

Dabei wird häufig ausgeblendet, dass nicht nur humanitäre, sondern auch handfeste wirtschaftliche Gründe für eine integrative Flüchtlingspolitik sprechen. In Schleswig-Holstein wird unser Anliegen daher breit unterstützt – von der Wirtschaft ebenso wie von den Gewerkschaften. Gemeinsam mit dem UV Nord, dem DGB Nord und der Flüchtlingsbeauftragten des Landes haben wir eine klare Position entwickelt und setzen uns gemeinsam für ein besseres Bleiberecht für Geduldete in Arbeit ein.

Wir brauchen ein anderes Aufenthaltsrecht. Eines, das es mir künftig ermöglicht auf solche Nachrichten zu antworten: „Wir sind froh, solch engagierte Menschen bei uns zu haben. Es gibt eine Möglichkeit, dass diese Person bleiben kann.“

Und wenn ich noch etwas weiter träumen darf, dann hoffe ich, dass auch die letzten Skeptikerinnen und Skeptiker erkennen: Wir brauchen eine Flüchtlingspolitik, die Integration ermöglicht, statt sich darauf zu beschränken, Menschen möglichst schnell wieder loszuwerden. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht die Angst. Ein anderes Aufenthaltsrecht wäre dafür zumindest ein erster Schritt.



Aminata Touré ist Sozialministerin und Stellvertretende Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein.
www.schleswig-holstein.de